



II-4690 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5906/8-I-1975

2091/A.B.
zu 2129 /J.
Präs. am 9. Juli 1975

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage
der Abg. NEUMANN, Ing. Letmaier, Frodl,
Burger und Genossen, Nr. 2129/J-NR/1975
vom 1975 05 16: "Telefonanschlüsse".

Ihre Anfrage erlaube ich mir wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Zunächst möchte ich festhalten, daß der forcierte Ausbau der Fernsprechanlagen längst Priorität erhalten hat. Im Einvernehmen mit der Kabel- und Fernmeldeindustrie ist deren Kapazitätsauslastung gesichert. Da hier hochqualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt sind, könnte - abgesehen von der maschinellen Kapazität der Firmen - durch zusätzliche Aufträge kein Beschäftigungsimpuls ausgehen.

Zu Frage 2:

Die vom Nationalrat am 1975 07 03 beschlossene Fernmeldeinvestitionsgesetz-Novelle sichert der österreichischen Fernmeldeindustrie ständig steigende Aufträge der Post- und Telegraphenverwaltung. Während in den Jahren 1964 bis einschließlich 1974 an die Fernmeldeindustrie jährlich Investitionsaufträge im Ausmaß von ca. 800 Mio. S bis 3,6 Milliarden vergeben wurden, wird sich die Auftragslage von 1975 bis 1980 jährlich ca. zwischen 4,7 Milliarden S und 8,5 Milliarden S bewegen.

Zu Frage 3:

Das Fernmeldeinvestitionsgesetz bestimmt, daß Fernmeldeinvestitionen aus dem in diesem Gesetz normierten Anteil an Fernsprechgühreneinnahmen zu finanzieren sind. Daher ist eine Finanzierung dieser Investitionen aus allgemeinen Budgetmitteln und demgemäß auch aus einer Stabilisierungsvorsorge des Konjunkturvoranschlags nicht vorgesehen und außerdem auch nicht notwendig.

Zu Frage 4:

Für Erdarbeiten im Zusammenhang mit der Verlegung von Fernmeldekabeln werden regelmäßig, für Arbeiten am Ausbau des oberirdischen Fernmeldenetzes fallweise Privatfirmen herangezogen. Weiters wird gegenwärtig untersucht, ob und in welchem Umfang ein Einsatz von Privatfirmen bei der Spleißung von Fernmeldekabeln möglich ist.

Zu Frage 5:

In der Weststeiermark wurden bereits 2 steirische Firmen mit Arbeiten an Netzausbauten, die öffentlich ausgeschrieben waren, betraut:

1. für den Netzbereich Söding die Grazer Firma Lackner, Schnepf & Herz mit einem Auftrag in der Höhe von 1,3 Mio S,
2. für den Netzbereich DobHieboch die Köflacher Firma Bellina mit einem Auftrag in der Höhe von 2, 3 Mio S.

Weitere Netzausbauten, die ebenfalls nach öffentlichen Ausschreibungen vergeben werden, sind für 1975 und 1976 geplant.

Wien, 1975 07 07

Der Bundesminister:



(Erwin LANC)